

Antrag

der Abg. Martin Rivoir u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nachhaltiger Ausgleich struktureller Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche strukturellen Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm im Vergleich zu anderen Standorten durch den in der Stellungnahme zum Antrag „Strukturelle Defizite als Entwicklungshemmnis für die Wissenschaftsstadt Ulm – Strategien und Maßnahmen für einen neuen Aufbruch“ (Landtagsdrucksache 14/7321) angekündigten engen Dialog zwischen der Universitätsmedizin Ulm und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg identifiziert werden konnten, wie sie diese Defizite beurteilt und welche Schritte zur Abhilfe geplant sind;
2. wie sie den durch die Universität Ulm initiierten Strategieprozess zum Ausbau der außeruniversitären Forschung und die Konzepte zum Ausbau der überregionalen Vernetzung der Universität beurteilt und wie sie die Universität hierbei unterstützt;
3. wie sich der in der Landtagsdrucksache 14/7321 erwähnte Bau von zusätzlichen Forschungsflächen im Bereich der biomedizinischen Forschung gestaltet und wie das Land die Universität dabei konzeptionell und finanziell unterstützt;
4. wie sich die in der unter Ziffer 3. genannten Landtagsdrucksache aufgeführten Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazitäten im Bereich der Tierforschung entwickeln und welche Unterstützung in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht das Land dabei leistet;

5. welche Maßnahmen sie darüber hinaus ergreifen wird, um sicherzustellen, dass potenzielle Strukturnachteile des Wissenschaftsstandorts Ulm nachhaltig behoben werden.

20. 10. 2011

Rivoir, Rolland, Haller-Haid, Heberer, Stober SPD

Begründung

In der modernen Wissenschaftslandschaft hängen Impulse und Weiterentwicklung von Wissenschaftseinrichtungen zunehmend von der erfolgreichen Teilnahme bei Wettbewerben ab. Die Universität Ulm und ihr Universitätsklinikum haben es in der jüngeren Vergangenheit nicht geschafft, mit ihren Anträgen die hohen Hürden bei renommierten Wissenschaftswettbewerben zu nehmen. So war die Teilnahme des Universitätsklinikums Ulm am Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Einrichtung von vier weiteren Zentren für Gesundheitsforschung nicht von Erfolg gekrönt. Auch bei der vom BMBF initiierten Exzellenzinitiative für Spitzenforschung an Hochschulen ist die Universität Ulm bisher leer ausgegangen.

Diese Misserfolge wiegen umso schwerer, als die erfolgreich geförderten Universitätsstandorte auch nach dem Auslaufen der Förderperiode mit einer Anschlussförderung durch das Land rechnen können. Zwar ist diese Anschlussförderung eindeutig zu begrüßen, sie darf allerdings nicht zu einer Zementierung der nachteiligen Situation der nicht geförderten Wissenschaftsstandorte führen.

In der Stellungnahme zum Antrag „Strukturelle Defizite als Entwicklungshemmnis für die Wissenschaftsstadt Ulm – Strategien und Maßnahmen für einen neuen Aufbruch“ (Landtagsdrucksache 14/7321) hat die bisherige Landesregierung ihre Unterstützung für die Umsetzung verschiedener Prozesse, Konzepte und Maßnahmen der Universität Ulm und ihres Klinikums zum Abbau von Standortdefiziten zugesagt.

Ziel dieses Antrags ist es, in Erfahrung zu bringen, wie weit dieser Prüfungs- und Unterstützungsprozess durch die bisherige Landesregierung fortgeschritten ist und welche weiteren unterstützenden Maßnahmen durch das Land nun folgen werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. November 2011 Nr. 42–790.0/84 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche strukturellen Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm im Vergleich zu anderen Standorten durch den in der Stellungnahme zum Antrag „Strukturelle Defizite als Entwicklungshemmnis für die Wissenschaftsstadt Ulm – Strategien und Maßnahmen für einen neuen Aufbruch“ (Landtagsdrucksache 14/7321) angekündigten engen Dialog zwischen der Universitätsmedizin Ulm und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg identifiziert werden konnten, wie sie diese Defizite beurteilt und welche Schritte zur Abhilfe geplant sind;*
- 5. welche Maßnahmen sie darüber hinaus ergreifen wird, um sicherzustellen, dass potenzielle Strukturnachteile des Wissenschaftsstandorts Ulm nachhaltig behoben werden;*

Die Landesregierung hat zu diesen Fragen in Landtagsdrucksache 14/7321 ausführlich Stellung genommen. Gegenüber der damaligen Feststellung, das Fehlen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen stelle sich – unabhängig von der deutlich sichtbaren Position der Ulmer Hochschulmedizin und der Qualität der Ulmer Anträge – als nachteilig im Vergleich zu anderen Standorten der Hochschulmedizin dar, haben sich keine Änderungen ergeben.

Das Wissenschaftsministerium hat auf das außeruniversitäre Forschungsumfeld nur begrenzten Einfluss, da dies der Entscheidung der jeweiligen überregionalen Gremien obliegt, die auf der Grundlage der Vorarbeiten und der Kompetenzen der Standorte vor Ort befinden. In den vergangenen Monaten hat sich die Landesregierung stark für Ulm eingesetzt, um etwaige Standortnachteile kurz- und mittelfristig zu beseitigen (s. hierzu die Ausführungen zu Frage 2.). Bei den laufenden Gesprächen der Universität Ulm mit außeruniversitären Kooperationspartnern ist das Wissenschaftsministerium ebenfalls einbezogen, um den Aufbau weiterer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zu fördern. Baden-Württemberg verfügt bereits über überdurchschnittlich viele derartige Einrichtungen. Mit dem Virtuellen Helmholtz-Institut in der Onkologie gibt es in Ulm nunmehr einen ersten Anknüpfungspunkt in der Medizin. Die Universität Ulm wird sich mit Unterstützung des Landes auch an der nächsten Ausschreibung für Virtuelle Helmholtz-Institute beteiligen. Der fachliche Schwerpunkt liegt dabei auf neurodegenerativen Erkrankungen.

Das Land wird Ulmer Initiativen, die, unter Einbeziehung auch der nichtmedizinischen Fakultäten auf den Ulmer Stärken aufbauend, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg beitragen, fördern. Das Land hat die Universität bereits vielfach, insbesondere was die materiellen Rahmenbedingungen angeht, unterstützt (z. B. bei der MPG-Forschergruppe „Stammzellalterung“ und der Forschungskooperation mit Boehringer Ingelheim; vgl. hierzu auch die Ausführungen bei Frage 2.). Es ist – vorbehaltlich einer positiven Entscheidung des Bundes – beabsichtigt, die Universität auch bei der Errichtung eines „Translationalen Forschungszentrums für Alterungsassoziierte Erkrankungen Ulm (TFA Ulm)“ zu unterstützen; vgl. hierzu auch die Ausführungen zu Frage 3. Die Forschungskooperation mit der Fa. Boehringer Ingelheim hat die hohe Leistungsfähigkeit und Sichtbarkeit der Universität Ulm in der Grundlagen- und Klinischen Forschung bestätigt.

2. *wie sie den durch die Universität Ulm initiierten Strategieprozess zum Ausbau der außeruniversitären Forschung und die Konzepte zum Ausbau der überregionalen Vernetzung der Universität beurteilt und wie sie die Universität hierbei unterstützt;*

Kernelement ihrer Autonomie ist die Aufgabe der Universität, im Rahmen der Struktur- und Entwicklungsplanung die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen zu identifizieren und die fachlichen Schwerpunkte festzulegen und einzurichten, in denen sie nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit erreichen will, um in Forschungswettbewerben und Förderprogrammen erfolgreich abzuschneiden. Die Universität Ulm hat eine Reihe von Maßnahmen ausgewählt, die aus ihrer Sicht erforderlich sind. Das Wissenschaftsministerium begrüßt den eingeleiteten Prozess der intensiven Analyse und der Weiterentwicklung des Forschungsprofils.

Das Wissenschaftsministerium unterstützt die Kooperation der Universität Ulm mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dazu gehört das neue „Helmholtz-Institut für Elektrochemische Energiespeicherung in Ulm (HIU)“. Das Institut ist eine Kooperation des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) mit der Universität Ulm, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) als assoziierte Partner. Es soll die Brücke zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung schlagen und wird dafür vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) jährlich mit rund 4,5 Mio. Euro und vom Land Baden-Württemberg mit 500.000 Euro unterstützt. Der dafür erforderliche Neubau mit Baukosten von bis zu 12 Mio. Euro zzgl. bis zu 2 Mio. Euro Erstausstattungskosten wird dabei überwiegend vom Land und der Universität Ulm unter Beteiligung des KIT finanziert. Damit wird das außeruniversitäre Umfeld der Universität Ulm nachhaltig gestärkt.

Eine deutliche Intensivierung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ist in Ulm vor wenigen Wochen auch durch die Gründung des „Boehringer Ingelheim Ulm University Biocenter“ (BIU) erreicht worden. Damit entsteht ein schlagkräftiger Verbund aus universitärer Grundlagenforschung und industrieller Forschung. Das Land unterstützt die Kooperation bis zum Jahr 2014 mit insgesamt 1,5 Mio. Euro. Die Universität Ulm bringt weitere 750.000 Euro ein. Boehringer Ingelheim beteiligt sich mit Mittel von 2,25 Mio. Euro. Diese strategische Partnerschaft hat erhebliches Potenzial, den Wissenschaftsstandort Ulm voranzubringen.

3. *wie sich der in der Landtagsdrucksache 14/7321 erwähnte Bau von zusätzlichen Forschungsflächen im Bereich der biomedizinischen Forschung gestaltet und wie das Land die Universität dabei konzeptionell und finanziell unterstützt;*

Der Forschungsbau Lebenswissenschaften, der die Forschungsflächen in der alten Chirurgie ersetzen und darüber hinaus den Bedarf für die neuen universitären Einrichtungen „Pharmazeutische Biotechnologie“ und „Lebenswissenschaften“ aufnehmen soll, hat für Ulm große Bedeutung. Das Klinikum stellt hierfür aus den ZIP-Mitteln für die Hochschulmedizin 7 Mio. Euro zur Verfügung. Die Gesamtbaukosten des Forschungsbaus, der als 2. BA des Klinischen Forschungsgebäudes errichtet wird, betragen 15,4 Mio. Euro. Die Planung erfolgte im Kontext eines Gesamtkonzepts für die Weiterentwicklung der lebenswissenschaftlichen Forschungsflächen am Standort Ulm. Der Forschungsbau wird voraussichtlich im Januar 2012 eingeweiht.

Das TFA Ulm soll – bei Gesamtbaukosten (GBK) von ca. 30 Mio. Euro – über eine Hauptnutzfläche von rund 4.600 m² verfügen. Damit könnte der weitere Bedarf an Forschungsflächen für die Lebenswissenschaften, vor allem für grundlagenorientierte und translationale Forschung auf dem Gebiet der altersassoziierten Erkrankungen, realisiert werden. 50 % der GBK sollen als Bundesmittel über eine Förderung nach Art. 91 b GG in der Förderrunde 2013 eingeworben werden. Mit einer entsprechenden Entscheidung ist Mitte 2012 zu rechnen. Der Baubeginn würde 2013 erfolgen, bezugsfertig wäre das TFA dann 2016.

4. wie sich die in der unter Ziffer 3. genannten Landtagsdrucksache aufgeführten Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazitäten im Bereich der Tierforschung entwickeln und welche Unterstützung in konzeptioneller und finanzieller Hinsicht das Land dabei leistet.

Die Errichtung eines Neubaus für die Tierforschung hat man aus Kostengründen aufgegeben. Die Universität strebt nunmehr eine Bündelung an drei Standorten an:

- Im Gebäudekreuz N 26 wird Kleintierhaltung betrieben.
- Im Zuge der Sanierung von Gebäudekreuz M 25 soll die Tierhaltung in M 24 saniert werden. Dabei soll die konventionelle Tierhaltung einer moderneren und hygienischeren Greenline IVC-Haltung Platz machen.
- Auf dem Oberberghof soll mittelfristig die Großtierhaltung untergebracht werden. Derzeit wird der Spülbereich des sog. Längsbaus 3h auf dem Oberberghof für 1.250.000 Euro saniert. Die Universität beteiligt sich mit 860.000 Euro. Die Maßnahme soll bis Anfang 2012 fertiggestellt werden. Im Zuge des Konjunkturprogramms des Bundes und des Landes (ZIP/LIP) wurde zudem die Dachsanierung des Längsbaus mit Gesamtbaukosten von 600.000 Euro durchgeführt.

Bauer

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst